

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quis  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rotebühlstr. 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechsgepaaltene Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1,60 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Gegen Terror und Maßregelung im Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Verheißungsvoll hat die politische Umwälzung vom 9. November in Deutschland eingesetzt und aus dem alten Militär- und Bürokratenstaat den freien Volksstaat geschaffen, der gemäß dem auch für die Staaten geltenden Gesetz der Entwicklung immer mehr mit sozialem Geist zu erfüllen und zu einem sozialistischen Staat umzubilden ist. Die sozialistische Gesellschaft kann nicht mit einem Schlage als etwas Fertiges und Vollendetes vor uns stehen. Der politischen Umwälzung muß als logische Konsequenz die wirtschaftliche Erneuerung auf dem Wege der Evolution folgen.

Das wäre auch erreicht worden, wenn die Arbeiterchaft einig und geschlossen in den Kampf um die Befestigung der politischen Errungenschaften eingetreten wäre. Das durch die Revolution eingeführte freie Wahlrecht bot hierzu alle Möglichkeiten. Würde die auf industrielle Arbeit angewiesene Bevölkerung geschlossen aufgetreten, so hätte sie außer den politischen auch bedeutsame wirtschaftliche und moralische Erfolge zu erzielen vermögen, die ihr niemand mehr streitig machen konnte. Ueber die Grenzen des Landes hinaus hätte gewirkt werden können und auch auf den Friedensschluß wäre das nicht ohne Einwirkung geblieben. Unter der Führung der deutschen Arbeiterchaft hätte die Erneuerung der Welt vor sich gehen können. Ein in der Geschichte unvergleichlicher Erfolg wäre der deutschen Arbeiterchaft zugefallen, der auch nicht ohne Einfluß auf die kommenden Weltverhältnisse der Völker geblieben sein würde. Heute müssen wir nun besorgter denn je darüber sein, ob es überhaupt gelingen wird, die bisherigen Ergebnisse der politischen und wirtschaftlichen Revolution zu erhalten und weiter auszubauen.

Die am 9. November schlichtern zutage getretenen Einigungsstrebungen der Arbeiterchaft sind durch den von außen zu uns gekommenen Spartakismus vernichtet worden. Sie, die vorgeben, die Interessen des Proletariats am besten und wirksamsten zu vertreten, reihen am meisten nieder. Wohl kann man die Hoffnung haben, daß der Spartakismus als dem deutschen Wesen fremd sich selbst überleben wird. Man muß aber nach dem bisherigen Verlauf der Dinge befürchten, daß das erst geschieht, wenn alle guten Elemente deutscher Kultur vernichtet sind. In unseliger Verblendung glaubt der Spartakismus mit einem Schlage die kapitalistische Wirtschaft über den Haufen werfen und an seine Stelle die kommunistisch-sozialistische Güterverzeugung und -verteilung treten lassen zu können. Nirgends vermag der Spartakismus etwas Positives an die Stelle des Alten zu setzen. Er will das auch gar nicht. Sein Lebens-element ist das der Herunterreißung und der Zerstörung. Seine Waffen sind nicht Wissen, Bildung und Erziehung, mit denen er die Fortbildung der menschlichen Gesellschaft erstrebt, sondern Verleumdung, Haß und nackte Gewalt. Nicht an Entwicklungen knüpft er an, sondern wo er eingreift ist die radikale Zerstörung des Bestehenden sein Ziel.

Er begnügt sich nicht mit der dauernden Zerreißung der politischen Arbeiterbewegung — auch die Unabhängigen sind ihm verfallen — sondern er lenkt schon seit langem durch raffiniert in die Arbeiterchaft hineingeworfene Schlagworte seine begehlichen Ziele besonders auf die Gewerkschaften. Auch diese will er rücksichtslos zertrümmern, weil sie seiner Metathese im Wege stehen. Rücksichtslos werden verdiente Gewerkschaftsangehörige von heute spartakistisch angehauchten Ämtern, die einst von den jetzt verhassten „Gewerkschaftsböngern“ nur mit Mühe und Not zu einem entschlossenen Vorgehen im wirtschaftlichen Lohnkampfe veranlaßt werden konnten, beiseite geschoben und wegen ihrer abweichenden politischen Gesinnung gemahregelt. Eine Gesinnungsvorgang hat eingesetzt, wie sie schlimmer auch nicht vom Kapitalismus verübt worden ist. „Wißt du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein.“ Danach wird vom Spartakismus gehandelt. Daß sich das einst auch an ihm selbst und vor allem am Sozialismus rächen muß, das kümmert diese „Beglücker“ der Menschheit nicht.

Inbesondere ist es die deutsche Metallindustrie und unser Verband, die sich der Spartakismus als Tätigkeitsgebiet ausgesucht hat. Der in der Arbeiterchaft infolge des Krieges und der besonderen Erscheinungen während des Krieges aufgetretene Mißgunst bemächtigt er sich, um seine dunklen Pläne zu verwirklichen. Nachdem man in Braunschweig die der Reichheitspartei angehörenden verdienstvollen Geschäftsführer, denen man nichts weiter nachsagen kann, als daß sie Reichheitsanhänger sind, entlassen hat, hat Spartakus nun auch in der Verwaltungstelle Bremen sein Gewaltregiment aufgestellt. Ohne jeden Grund werden die vier der Reichheitspartei angehörenden Geschäftsführer, darunter der verdienstvolle langjährige Verbandspräsident Behle, hinausgeworfen. Für Spartakus handelt es sich nicht etwa darum, den Verwaltungskörpern der Verbände frisches Blut zuzuführen, womit man einverstanden sein kann, sondern er geht überaus aufs Ganze und will getreu seinem Grundsatz von der „Militarität des Proletariats“ auch eine Militärs im Verband aufstellen. Was in Braunschweig, Düsseldorf und anderen Orten begonnen und jetzt in Bremen fortgesetzt wurde, das bedeutet die Vernichtung des Verbandes, die Auflösung jeder Ordnung und Selbstzucht innerhalb der Organisation. Um das den Besten des

Verbandsorgans verständlich zu machen, müssen die etwas langatmig abgefaßten Beschlüsse der letzten Mitgliederversammlung hierhergeschickt werden. Sie lauten:

1. Die am 18. März 1919 im Kasino tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Bremen, steht voll und ganz auf dem revolutionären Boden der Arbeiterbewegung und erstrebt die Einheitsorganisation auf der Grundlage des Räte systems.

Sie verurteilt auf das entschiedenste die bisherige Politik im rechtssozialistischen Sinne und fordert sofortige Absetzung aller Beamten, Ortsverwaltungs-, Kommissions- und Vorstandsmitglieder, dies während des Krieges oder nach demselben in obigem Sinne betätigt oder dazu bekannt haben, und sofortige Neuwahl für dieselben.

2. Die Versammlung fordert die alsbaldige Einberufung einer Generalversammlung des D.M.V. für ganz Deutschland zwecks Aufhebung des bestehenden Verbandsstatuts und Schaffung eines neuen auf revolutionärer Grundlage, so daß der Verband den Charakter einer reinen Kampforganisation erhält.

3. Zur Durchführung des Punktes 2 wählt die heutige Versammlung eine dreigliedrige Kommission, welche

- a) Anträge zur allgemeinen Verbandsgeneralversammlung ausarbeitet und den Mitgliedern zur Beratung und Beschlußfassung vorlegt;
- b) Fühlung nimmt mit anderen Ortsgruppen Deutschlands zwecks einheitlichen Vorgehens auf vorgenannter Grundlage und eventuell Vorbereitung einer Vorkonferenz aller revolutionären Ortsgruppen.

4. Die Versammlung ersucht alle revolutionären Mitglieder Deutschlands, zu obigen Fragen unverzüglich Stellung zu nehmen, sich dieselben zu eigen zu machen und die gefaßten Beschlüsse nebst Adresse der gewählten Kommission alsbald an die hiesige Kommission zu senden.

5. Diese Resolution ist sofort in der Parteipresse zu publizieren. Sämtliche Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

6. Die Versammlung beauftragt die neugewählte Ortsverwaltung, sich alsbald mit den hiesigen Ortsverwaltungen der anderen Berufe ins Einvernehmen zu setzen, um die örtliche Zentralinstanz, das Gewerkschaftsstatut, auf eine revolutionäre Grundlage zu stellen.

Das ist die Proklamierung des offenen Aufbruchs im Verband. Wir sagten, daß dies die Vernichtung der in mühevoller jahrzehntelanger Arbeit geschaffenen Organisation der deutschen Metallarbeiter ist. Man will die „Aufhebung des bestehenden Verbandsstatuts“, also in vollem Umfange, und die „Schaffung eines neuen, auf revolutionärer Grundlage“ aufgebauten Statuts. Eine reine „Kampforganisation“ soll entstehen, also alle sozialen Unterstützungen ausgemerzt werden. Man muß zugeben, die Leute gehen aus ganz. Und schon werden die ersten praktischen Folgerungen von den spartakistischen Gewerkschaften in Bremen gezogen. Sie haben einen Ausschuß von 21 Personen eingesetzt, der den am das Gewerkschaftsstatut angeschlossenen Organisationen folgendes hochinteressante Schriftstück zugehen ließ:

An die Ortsverwaltungen der Bremer Gewerkschaften.  
Werke Genossen! Wie Sie bereits aus der Arbeiter-Zeitung ersehen haben dürften, wurde in der am 14. 3. tagenden Vertrauensmännerführung der Groß- und Kleinbetriebe Bremens folgender Antrag angenommen:

„Die Vertrauensleute beschließen, daß die Kosten für den Generalstreik die Gewerkschaften zu übernehmen haben.“

Wir möchten höflich ersuchen, sich gest. darüber zu äußern, ob Sie gewillt sind, im Verhältnis zu Ihrer Mitgliederzahl zur Deckung der Kosten beizutragen. Es kommen etwa ... A in Frage.  
Mit kollegialem Gruß

Der 2ler Ausschuß. J. A. Opfermann  
Arbeiterrat der Hansa-Werke A.-G.

Daraus kann man sehen, wohin die Reise geht. Nicht nur, daß die deutsche Volkswirtschaft durch die von Spartakus geschürten Generalstreiks vollends zerschlagen werden soll; nein, die Gewerkschaften sollen auch noch die Kosten des Selbstmordes bezahlen.

Diese Zumutung geht über das Erträgliche hinaus und muß alle verständigen Arbeiter, denen es um die Erhaltung der Grundlagen ihrer eigenen Existenz zu tun ist, zu entschlossener Abwehr zusammenführen. Auch die im Lager der Unabhängigen Sozialdemokraten stehenden Gewerkschafts-genossen können sich der Abwehr der Zerstörung des Verbandes nicht entziehen. Der in Bremen betretene Weg führt zum Anarchismus und zur Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung. Nicht Fortschritt, Freiheit und eine glückliche Zukunft birgt er in sich, sondern Demoralisation, Verwilderung der Sitten und der Rechtsbegriffe und in deren Gefolge die Reaktion. Wer es gut meint mit seinem Verbands und dem Sozialismus, der muß sich mit aller Entschiedenheit gegen die von Spartakus geschickte rache Gewalt wenden und der Verurteilung, der Solidarität und dem brüderlichen Zusammenwirken der Arbeiterchaft zum Siege verhelfen.

Arbeiter, Verbandsmitglieder! Wartet diese schäben Wüter! Solches kann in keiner Gewerkschaft begriffenen Verband hoch und laßt euch nicht durch gleichgültige Verheißungen des Spartakismus ins grenzenlose Hind führen.  
Der Vorstand des Stuttgarter Metallarbeiter-Verbandes.

### „Einheitsorganisation“

Schon während der ersten Kriegsjahre konnte man den Ruf nach einer sogenannten politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation hören. Neuerdings erhebt sich der Ruf noch lauter. Diese Einheitsorganisation soll die angeblich nicht mehr zeitgemäßen Gewerkschaften ablösen. Der Gedanke einer Einheitsorganisation ist kein neuer (nur der Name ist neu), denn er wurde schon während des ersten Jahrzehnts nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes vertreten, zu der Zeit, wo unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern große Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßigste Art der Gewerkschaften vorhanden waren. Damals lautete das Feldgeschrei: Die Industrierverband — die Branchenverband! Wiederholt haben wir damals Vertreter der Branchenverbände mündlich und schriftlich äußern hören, rein theoretisch gingen ihre Forderungen noch weiter als die der Vertreter der Industrierverbände, denn sie wünschten über die Industrierverbände hinaus einen noch weiteren Zusammenschluß zu einem allgemeinen Arbeiterverbande. Zu einem solchen sei die Arbeiterchaft aber noch nicht reif und darum sei es am besten, es bei den Branchenverbänden zu belassen.

Wie dieser allgemeine Arbeiterverband jedoch beschaffen sein sollte, darüber haben wir nie etwas erfahren. Es ist nun merkwürdig, daß wir bei der neu zu gründenden „Einheitsorganisation“ bis heute noch ebenso flug sind, obgleich nun schon einige Jahre von ihr geredet und geschrieben wird. Dadurch, daß — wie einige ihrer Vorkämpfer wollen — diese neue Organisation auch noch eine politische Tätigkeit ausüben soll, wird ihr Aufgabenkreis nicht kleiner und einfacher, und wer unbefangenen darüber nachsinnt, dem wird es dadurch noch schwerer, sich ein Bild davon zu machen, wie die Einheitsorganisation dem eigentlich „funktionieren“ soll.

Sollen die Berufsangelegenheiten ihrer Mitglieder künftig gemeinsam erledigt werden?

Sollen — um nur einige Beispiele zu nennen — die Dachdecker über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Konbitoren mitberaten und -entscheiden, oder die Handlungsgeschäftlichen über die der Buchdrucker, oder die Brauereiarbeiter über die der Bureauangestellten und umgekehrt?

Es kann für niemanden die Antwort fernliegen, daß die in Frage kommenden Berufe sich die Einmischung berufsfremder Arbeiter mit aller Deutlichkeit verbitten werden. Bisher ist es denn auch allgemein so gehalten worden und so wird es wohl auch in Zukunft bleiben. Wir wissen noch nicht, welchen Einfluß die immer weiterschreitende Vergesellschaftung auch auf die Menschen ausüben wird; daß sie aber die Unterschiede zwischen den einzelnen Berufen auszugleichen vermögen soll, ist denn doch gar zu unwahrscheinlich.

Wenn die „Einheitsorganisation“ lebensfähig werden soll, so wird man nicht umhin können, sie in so viele Branchen oder Fachgruppen zu gliedern, wie Berufe in ihr vertreten sind, und diesen Fachgruppen wird man mindestens ebensoviel Selbständigkeit gewähren müssen, wie sie jetzt in den Industrieverbänden haben. Auch wird man nicht umhin können, überall, wo Arbeiter eines Berufes in größerer Zahl vorhanden sind, einen oder mehrere ihrer Kollegen aus dem Berufe zu nehmen und sie mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen und beruflichen Angelegenheiten ihrer Gruppe zu betrauen („Böngern“). Ob nun aber jede Fach- oder Industriegruppe in der Einheitsorganisation noch soviel Selbständigkeit behalten wird, wie sie im bisherigen Gewerkschaftswesen immer noch hat, ist zweifelhaft, denn über dem Ganzen thronen doch die Gesamtleitung (Oberböngern?) mit einem Vorstehenden (Leiter-Oberböngern oder General-Feldmarschall?). Wenn man also versucht, sich in die Sache hineinzudenken, so wird man finden, daß nichts anderes dabei herauskommen kann, als was wir jetzt schon haben.

Nun hat man ja ferner noch gesagt, daß die Einheitsorganisation sich auch mit politischen Angelegenheiten beschäftigen solle. Dazu braucht man jedoch keine besonderten Organisationen, dazu können sich Arbeiter der verschiedensten Fächer zusammenschließen. Zu diesem Zwecke haben wir aber doch schon längst unsere politischen Parteiorganisationen und dort befinden sich nicht nur Handarbeiter, sondern auch Angehörige aller anderen Berufe, besonders seit der Revolution. Zur politischen Betätigung bedarf es keiner Sonderung nach Berufen, und zur gewerkschaftlichen Betätigung bedarf es keiner Sonderung nach politischen Parteien. Das ist eine einfache Arbeitsteilung, die auch in Zukunft nicht unnötig wird.

Das ist unsere Meinung über die Sache und die Bestürmter der Einheitsorganisation werden sich schon bemühen müssen, ihre Ansicht besser zu begründen, als sie bisher getan haben, und vor allen Dingen ein Bild davon geben müssen, wie ihre Organisation beschaffen sein soll. Sie mögen von den Vorkämpfern unseres Verbandes lernen. Als es sich auf dem in Frankfurt a. M. im Jahre 1891 abgehaltenen Metallarbeiterkongress darum handelte, zu entscheiden, ob ein Verband für die gesamte Metallindustrie gegründet werden solle oder nicht, da hatten die damals in Fachvereinen und Verbänden organisierten Kollegen schon lange vorher Gelegenheit gehabt, sich in Versammlungen und in den Gewerkschaftsblättern über die Einzelheiten der angebotenen neuen Organisationsform zu unterrichten. Schon auf dem im Jahre vorher zu Weimar abgehaltenen Metallarbeiterkongress war ein Statutenentwurf zu einem Industrierverbande vorhanden. Weil dieser Kongress sich noch nicht für den Industrierverband erklären konnte, kam der Entwurf noch nicht zur Vorlage. Die Vorkämpfer unseres Verbandes glaubten eben, gründlicher arbeiten zu müssen, was jetzt allerdings mancher für altmodisch zu halten scheint.

Durch das Schlagwort „Einheitsorganisation auf dem Boden des Räte systems“ kommt man der Sache keinen Schritt näher.



Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Antritte zu vermeiden und eine geregelte Ver...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbands...

Table with 5 columns: Verwaltung, Abrechnung der Mitglieder der Verbandsstelle, Abrechnung der Beitragsabrechnung.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Elbing: Der Schlosser Franz Erdmann...

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

von Schmieden, Schlossern, Polierern und Packern nach Schmalkalden (Magnetenfabrik L. Braun).

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts...

Berichte

Emailierer.

Berlin. Durch Anzeigen in auswärtigen Zeitungen, besonders in...

Instrumentenmacher.

Berlin. Die Revolution hat dazu geführt, daß auch die Ortho-

Metallarbeiter.

Chemnitz. In unserer Generalversammlung am 14. März be-

Zusätze für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagarbeit für 672 Per-

Schneid. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 20. März eine außer-

Rohrleger.

Table with 5 columns: Beruf, Arbeitslos waren am 1. Februar 1919, etc.

Rundschau

Aus dem besetzten Gebiet.

Den Landkreis Wiesbaden haben die Franzosen besetzt und in-

Demobilisierungsausgleich für den Landkreis Wiesbaden.

Der Demobilisierungsausgleich des Kreises Wiesbaden soll nun...

In gleicher Weise soll versucht werden, die erforderlichen...

Wiesbaden, den 7. Februar 1919.

Der Vorsitzende des Demobilisierungsausgleichsausschusses:

Das Lied von den hohen Löhnen.

Unter dieser Epithet lesen wir in der Dresdner Volkszeitung...

Überall wird es gesungen, das Lied von den hohen Löhnen der...

Die sächsische Gußstahlfabrik in Döhlen, die jetzt...

Insanzen, die nebeneinander arbeiten. Wir hätten zu prüfen, ob ein...

Ein Bezirksleiter verfehlt das Vertrauen gegen die Arbeits-

Ein Bezirksleiter (der erste, der zu dem Punkte gesprochen)

Ein Bezirksleiter (der erste, der zu dem Punkte gesprochen)

Unter Verband in der 24. Woche nach Kriegsausbruch

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliedererhebung usw.

Table with 7 columns: Bericht, Verwaltungsstellen, etc.

Überblick über die Zeit vom 2. bis zum 8. März 1919.

Unter dieser Epithet lesen wir in der Dresdner Volkszeitung...

Überall wird es gesungen, das Lied von den hohen Löhnen der...

Die sächsische Gußstahlfabrik in Döhlen, die jetzt...

Unter dieser Epithet lesen wir in der Dresdner Volkszeitung...

